

Der Kantonsrat gibt Kenntnis von folgenden Beschlüssen, die an der 19. Sitzung vom 4. November 2024 gefasst worden sind:

1. Vom Rücktritt von Frau Susanne Bollinger als Vizepräsidentin des Obergerichts des Kantons Schaffhausen per 31. Dezember 2024 wird Kenntnis genommen.
2. Vom Rücktritt von Frau Kathrin Wurster als Ersatzrichterin am Obergericht des Kantons Schaffhausen per 31. Dezember 2024 wird Kenntnis genommen.
3. Vom Rücktritt von Frau Anna Brügel als Mitglied des Erziehungsrats des Kantons Schaffhausen per 31. Dezember 2024 wird Kenntnis genommen.
4. Vom Rücktritt von Frau Maria Härvelid als Mitglied des Erziehungsrats des Kantons Schaffhausen per 31. Dezember 2024 wird Kenntnis genommen.
5. Dem Wunsch der FDP-die Mitte-Fraktion, in der Spezialkommission 2024/12 «Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (Globalbudget)» Lorenz Laich durch Severin Brüngger zu ersetzen, wird entsprochen.
6. Dem Wunsch der GRÜNE-Junge Grüne-Fraktion in der Spezialkommission 2024/10 «Verpflichtungskredit zur Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung Schaffhausen (Kreditvorlage)» Roland Müller durch Maurus Pfalzgraf zu ersetzen, wird entsprochen.
7. Dem Wunsch der SP-Fraktion in der Spezialkommission 2024/10 «Verpflichtungskredit zur Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung Schaffhausen (Kreditvorlage)» Marco Passafaro durch Matthias Freivogel zu ersetzen, wird entsprochen.
8. Dem Wunsch der SVP-EDU-Fraktion in der Spezialkommission 2024/10 «Verpflichtungskredit zur Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung Schaffhausen (Kreditvorlage)» Daniel Preisig durch Hansueli Graf zu ersetzen, wird entsprochen.
9. Die 11er- Spezialkommission 2024/13 betreffend Totalrevision Polizeigesetz setzt sich wie folgt zusammen: Lorenz Laich (Erstgewählter), Mayowa Alaye, Matthias Freivogel, Hansueli Graf, Irene Gruhler Heinzer, Beat Hedinger, Roland Müller, Michael Mundt, Peter Neukomm. Peter Scheck und Corinne Ullmann.
10. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 24. September 2024 betreffend «Teilrevision des Schulgesetzes und des Schuldekretes (flächendeckende Einführung von geleiteten Schulen im Kanton Schaffhausen)» wird einer 9er-Spezialkommission zur Vorberatung überwiesen.

11. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 29. Oktober 2024 betreffend Revision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz) wird einer 9er-Spezialkommission zur Vorberatung überwiesen.
12. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 24. September 2024 betreffend Änderung des Spitalgesetzes (Umsetzung der Motion «Mehr Flexibilität in der Lohnpolitik für die Spitäler Schaffhausen») wird einer 9er-Spezialkommission zur Vorberatung zu überweisen.
13. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 29. Oktober 2024 betreffend Prognose Ergebnis Rechnung 2024 und Nachträge zum Budget 2025 (Oktoberbrief) wird der GPK zur Vorberatung überwiesen.
14. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 21. Oktober 2024 betreffend Teilrevision Finanzhaushaltsgesetz (Verbuchung finanzpolitische Reserven und NFA Rückstellungen) wird der GPK zur Vorberatung überwiesen.
15. Die Spezialkommission 2024/9 meldet den Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 25. Juni 2024 betreffend Schaffung einer Ombudsstelle verhandlungsbereit.
16. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 13. Februar 2024 betreffend Teilrevision des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub) wird weiterberaten. In der Schlussabstimmung wird die Vorlage mit 29 : 25 Stimmen (1 Enthaltung) abgelehnt. In diesem Zusammenhang wird zudem die Motion Motion Nr. 2022/4 von Melanie Flubacher Ruedlinger vom 10. April 2022 mit dem Titel «Vorgeburtlicher Mutterschutz» mit 36 : 17 Stimmen (1 Enthaltungen) abgeschlossen.
17. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 13. Februar 2024 betreffend die Bereinigung der Sammlung der Motionen und Postulate wird beraten.

Über folgende Vorstösse wurden Abstimmungen durchgeführt:

*Postulat Nr. 2017/9 (Gesamtheitlich optimierte Frühförderung fremdsprachiger Kinder)*

Mit 51: 2 Stimmen (0 Enthaltungen) wird der von der GPK beantragten Fristverlängerung bis 31. Dezember 2024 zugestimmt (Antrag Regierungsrat: 31. Dezember 2025).

*Postulat Nr. 2018/9 (Einführung eines Langzeitgymnasiums)*

Mit 36 : 15 Stimmen (2 Enthaltungen) wird der von der GPK beantragten Fristverlängerung bis 31. Dezember 2025 zugestimmt (Antrag Regierungsrat: 31. Dezember 2030).

*Postulat Nr. 2018/11 (Klare Spielregeln bei der Entsorgung des Siedlungsabfalls)*

Mit 38 : 9 Stimmen (3 Enthaltungen) wird der von der GPK beantragten Fristverlängerung bis 31. Dezember 2025 zugestimmt (Antrag Regierungsrat: 31. Dezember 2029).

Postulat Nr. 2022/7 (Stillstand beim Biogas beenden)

Mit 48 : 3 Stimmen (2 Enthaltungen) wird der von der GPK beantragten Fristverlängerung bis 31. Dezember 2025 zugestimmt (Antrag Regierungsrat: Abschreibung).

Postulat Nr. 2022/15 (Axpö und EKS: Versorgung durch erneuerbare Produktion der Axpö)

Mit 47 : 7 Stimmen (1 Enthaltung) wird der von der GPK beantragten Fristverlängerung bis 31. Dezember 2024 zugestimmt (Antrag Regierungsrat: Abschreibung).

Postulat Nr. 2022/16 (Axpö: Versorgung der Eigner Kantone stärker gewichten)

Mit 45 : 7 Stimmen (1 Enthaltung) wird der von der GPK beantragten Fristverlängerung bis 31. Dezember 2024 zugestimmt (Antrag Regierungsrat: Abschreibung).

Postulat Nr. 2022/17 (Strategische Kontrolle über Axpö stärken)

Mit 45 : 7 Stimmen (1 Enthaltung) wird der von der GPK beantragten Fristverlängerung bis 31. Dezember 2024 zugestimmt (Antrag Regierungsrat: Abschreibung).

18. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 20. Februar 2024 betreffend Unterzeichnung der Grundlagenvereinbarung über die Finanzierung der Kosten im Zusammenhang mit dem Betrieb des Hochrhein-Bodensee-Express (HBE) wird beraten. In der Schlussabstimmung wird dem Beschluss betreffend Grundlagenvereinbarung über die Finanzierung der Kosten im Zusammenhang mit dem Betrieb des Hochrhein-Bodensee-Express (HBE) mit 53 : 0 Stimmen (1 Enthaltung) zugestimmt. In diesem Zusammenhang wird zudem das Postulat Nr. 2010/1 von alt Kantonsrätin Martina Munz vom 4. Januar 2010 mit dem Titel «Anerkennung GA und Halbtax auf der Strecke Schaffhausen – Basel» mit 52 : 0 Stimmen (0 Enthaltungen) abgeschrieben.
19. Mit der Beratung des Berichts und Antrags des Regierungsrats vom 30. April 2024 betreffend Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für das Case Management Berufsbildung wird begonnen.

: